

GAU im Illusionsreaktor (2): Fröhlich in die Energie- Kulturrevolution

geschrieben von Admin | 1. November 2019

Umweltminister Trittin prophezeite im Jahre 2004, dass die Energiewende eine Familie nicht mehr als eine Kugel Eis im Monat, nämlich einen Euro kosten würde. Heute entsprechen die Mehrkosten rund 42 Kugeln Eis im Monat. 2011 versprach Kanzlerin Angela Merkel den Bürgern, dass die EEG-Umlage nicht über 3,5 Cent/kWh steigen werde. Heute beträgt sie 6,88 Cent – Tendenz weiter steigend. Wirtschaftsminister Peter Altmaier war der Vater der Strompreisbremse, die im Jahre 2013 eingeführt wurde. Den Strompreis hat sie nicht gebremst, er verdoppelte sich von 14 Cent pro kWh im Jahre 2000 auf 30.5 Cent im Jahr 2019, Tendenz steigend. Grüne Politiker versprachen den Wachstumsmotor Arbeitsmarkt und eine Million Arbeitsplätze in der Ökoenergiebranche. Entstanden sind viele Arbeitsplätze – in China. Peter Altmaier erklärt heute zum Kohleausstieg: „Die Versorgungssicherheit ist gewährleistet.“ Er weiß es besser und sollte uns nicht anlügen.

Die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes und der Kernenergieausstieg sind die erklärten Ziele der Energiewende. Leider ist den Politikern, aber auch großen Teilen der der Gesellschaft, nicht aufgefallen, dass der Kernenergieausstieg der CO₂-Minderung entgegenwirkt und somit die Zielerreichung nahezu unmöglich wird. Zarte Stimmchen, die dies zu sagen wagen, werden vom Katastrophengeschrei der Energiewendebefürworter übertönt.

Solange kein Windrad in der Nachbarschaft droht

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat 2012 dazu aufgerufen, die Veränderungen zu akzeptieren, die durch die Energiewende nötig sind. Wer Strom künftig im Wesentlichen aus erneuerbaren Energien beziehen wolle, müsse auch bereit sein, dass sich dann die Infrastruktur verändere, sagt Merkel. Und dann sagte sie noch: *„Ein Elektrodienstwagen ist bei meinen gepanzerten Autos sehr schwierig, aber im Kanzleramt werden auch immer Elektroautos ausprobiert. Und wir werden im Kanzleramt ab dem 1.7. dieses Jahres jetzt auch Ökostrom beziehen.“*

Ich glaube kaum, dass die Öffentlichkeit die ganze Tragweite der Äußerungen der Bundeskanzlerin wirklich verinnerlicht hat. Eher das Gegenteil ist der Fall, große Teile der Bevölkerung glauben an Sinnhaftigkeit und Erfolg der Energiewende – mindestens so lange, wie kein Windrad oder keine Stromleitung in der Nachbarschaft errichtet werden soll.

Es ist paradox: Die Akzeptanz der Energiewende ist hauptsächlich dem Komplettversagen der vierten Gewalt, nämlich der Medien, zu verdanken. Die Vierte Gewalt hat eine Neigung, linke Themen zu unterstützen. Die Energiewende ist links aufgeladen, sie wird als Vehikel zum schnelleren Gesellschaftsumbau angesehen. Wer gegen die Energiewende ist, ist – dieser Logik folgend – rechts, weil er gegen den Gesellschaftsumbau ist. Energiepolitisch ist die die Wiederauferstehung des DDR-Zombies „Nationale Front“ längst Realität. Alle Parteien sind sich bezüglich der Energiewende einig und nur die geächtete AfD sitzt als Energiewendeopposition im Bundestag.

Bezüglich der Energiewende sind daher kritische Stimmen zur Politik in den Leitmedien eher die Ausnahme, aber es gibt sie immerhin. Doch meist begleiten schönfärberische Jubelmeldungen und immer neue Wunderwaffen zur Lösung unlösbarer Probleme den Energiewende-GAU.

Die Politik erfreut sich darüber hinaus großer Unterstützung von diversen NGOs, deren Repräsentation und Finanzierung nicht hinterfragt werden. Einen weiteren signifikanten Beitrag zur Akzeptanz der Energiewende leisten die Schulen und Universitäten und eine große Zahl von Wissenschaftlern. Selbst die Konzernlenker der deutschen Energieversorger klingen heutzutage wie Greenpeace-Direktoren und lehnen sogar den verlängerten Weiterbetrieb ihrer eigenen Kernkraftwerke ab. Sie fahren lieber Trittbrett auf den einträglichen Subventionszügen der Energiewende. Es scheint hoffnungslos, in Deutschland eine ergebnisoffene gesellschaftliche Diskussion über die Energiewende zu führen.

Dann kam der Tsunami

Deutschland gehörte bis zum 11. März 2011 zu den Ländern, die auf Kernenergie setzten. Gerade 2010 hatte die Regierung Merkel den älteren deutschen Kernkraftwerken eine Laufzeitverlängerung von 10 Jahren gewährt, nachdem die Betreiber in Sicherheitsnachrüstungen ihrer Kraftwerke hunderte Millionen Euro investiert hatten. Im Jahr 2000, als noch die bösen Energieriesen die Preise bestimmten, kostete die Kilowattstunde in Deutschland den Verbraucher 14 Cent.

Dann kamen der Tsunami und die Wasserstoffexplosionen von Fukushima, begleitet von einem medialen Tsunami „Deutscher Angst“. Die Grünen erlebten einen Aufschwung. In Baden-Württemberg standen Landtagswahlen an. Bundeskanzlerin Merkel änderte ihre Meinung und ließ acht von 17 deutschen Reaktoren per Behördenerlass schließen – genau die, denen kurz zuvor Laufzeitverlängerung gewährt worden war – ein Akt, der später vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig erklärt wurde. Für die Landtagswahl hat es wenig genützt.

Die Politik bewegte von nun an die energetische Basis weg von der Kernenergie hin zur Kohle. Es war wohl eher eine unbeabsichtigte Nebenwirkung, aber plötzlich fehlten 15 Prozent der Erzeugungskapazität,

die von der Kohle übernommen werden mussten. Gleichzeitig wurde beschlossen, die restlichen neun Kernkraftwerke bis 2022 endgültig vom Netz zu nehmen. Das bedeutet eine Wertvernichtung von weit über 30 Milliarden Euro. Die Politik setzte umgehend alles daran, den „Fadenriss“ in der Kernenergie herbeizuführen. Ich muss gestehen, dies ist komplett gelungen.

Deutschland, das einst die besten Kernkraftwerke der Welt konstruierte, baute und betrieb, kann heute noch nicht mal mehr die erforderlichen Komponenten bauen, geschweige denn einen Reaktor. Ab 2022 hat sich Deutschland für einen längeren Zeitraum von der Kernenergie verabschiedet. Und die abgeschalteten Kernkraftwerke können auch nicht mehr wieder in Betrieb genommen werden, dazu fehlen von Genehmigungen bis zu lizenziertem Personal zu viele Voraussetzungen.

Finnland nimmt sein Endlager im Jahre 2021 in Betrieb.

Das Endlagerungsargument war stets die schärfste Waffe der Grünen gegen die Kernenergie. Daher wird die Endlagersuche seit Jahren von der Politik systematisch sabotiert, ja sogar „kalkarisiert“. Es ist für alle erkennbar, dass es den beteiligten Politikern hauptsächlich darum geht, die unpopuläre Endlagersuche auf den Sankt Nimmerleinstag, oder besser nach ihrer Pensionierung zu verschieben. Der derzeitige deutsche Terminplan klingt unter dem Gesichtspunkt, dass sich deutsche Politik seit 30 Jahren mit dem Problem befasst, schier absurd: Einen Standort bis 2030 zu finden und ein Endlager bis zum Jahre 2.050 zu bauen. Daran glauben nicht mal diejenigen, die das Endlagersuchgesetz 2017 unterschrieben haben. Finnland nimmt sein Endlager im Jahre 2021 in Betrieb. Für den Bau haben die Finnen keine 10 Jahre gebraucht.

Der deutsche Kernenergieausstieg ist kein Vorbild, sondern ein Rückfall in uralte Technologiefeindlichkeit. Aber es nützt niemandem, wenn Deutschland im Alleingang aus der Kernenergie aussteigt – weltweit sind weit über 50 neue Reaktoren im Bau – in England, in Indien, in China, in der Türkei, in Abu Dhabi... Ob Deutschland das gutheißt, oder nicht – neue Reaktortypen werden entwickelt, die inhärent sicher sind und den Abfall der bisherigen KKW als Brennstoff nutzen können. All dies ohne uns.

Nachdem in Deutschland die Kernenergie als politischer Feind weg ist, der Diesel in Agonie liegt, kommt die Kohle dran. 2038 soll das letzte Kohlekraftwerk vom Netz gehen, die Grünen fordern beliebig frühere Termine. Die Gefahr ist groß, dass sie obsiegen, hüpfet doch das halbe Land dafür. Die Bundesregierung hat die Ergebnisse der Kohlekommission begrüßt und wird diese umsetzen. Danach werden bis zum Jahre 2022 Kohlekraftwerke mit 12.700 Megawatt stillgelegt, bis 2038 insgesamt 52.100 MW (einschl. Kernkraftwerke). Zum Verständnis: Die heutige Höchstlast beträgt etwa 75.000 Megawatt. Zwei Drittel der dazu notwendigen Produktionsmittel sollen in den nächsten 19 Jahren stillgelegt werden.

Die Kosten werden auf 80 Milliarden Euro geschätzt. Eine selbst von der Kommission eingeräumte Strompreiserhöhung von 1,5 Euro ct/kWh könnte den Industriestrompreis für die Aluminium-, Stahl-, Metall- und chemische Industrie signifikant erhöhen. Gleichzeitig aus den beiden wichtigsten Grundlast-Technologien aussteigen – wer macht so etwas? Das ist in etwa so, als würde man Autoverkehr und den Flugverkehr gleichzeitig verbieten, ohne dass die Bahn in der Lage versetzt wird, den Transportausfall zu übernehmen.

Was deutsche Journalisten vergaßen

Frankreich produziert fast 80 Prozent seiner Elektrizität mit seinen 58 Kernreaktoren und steigt seit 16 Jahren aus dem KKW Fessenheim aus. Als Macron in Paris versprach, aus der Kohle aussteigen, wusste er etwas, das Sie, lieber Leser vielleicht nicht wissen: Frankreich produziert ganze 1 Prozent seines Stroms mit Kohle. Deutsche Journalisten vergaßen rein zufällig, dies bei ihren Jubelmeldungen zu erwähnen.

In Deutschland entscheiden linke Politikwissenschaftler, rote Gewerkschaftsfunktionäre zusammen mit schrulligen Bischöfen und spinnerten Soziologen über die Zukunft der Energiepolitik. Mir ist nicht bekannt geworden, dass kompetente Vertreter der Netzbetreiber in der Kohlekommission waren. Das ist so ähnlich wie bei der Kernenergie-Ausstiegskommission. Da schlugen auch alle möglichen Berufsgruppen den Ausstieg vor, nur keine Ingenieure oder Fachleute. Letztendlich dienen derartig handverlesen besetzte Kommissionen der Politik als Aushängeschild und eventuell als Sündenbock für später notwendige Schuldzuweisungen.

Verteuern, verbieten, aussteigen – das sind seit einigen Jahren die Grundlagen deutscher Regierungspolitik. Ob CO₂, Diesel, Glyphosat, Gentechnik, Fracking – es wird verteuert, verboten und ausgestiegen, als gäbe es kein Morgen. Und es wird gewendet, was das Zeug hält – Energiewende, Verkehrswende, Mobilitätswende, Agrarwende, Ernährungswende, jüngst sogar eine Glückswende – Deutschland hüpfte fröhlich in eine ökologische Kulturrevolution, die Jugend voran. Dabei geht es der Politik wohl hauptsächlich um eins: um absolute Kontrolle. Es soll das ganze Leben der Bürger ökologisiert werden, vom Gedanken übers Vermögen, von der Mobilität bis hin zur Diät. Ach, und ehe ich es vergesse – mit einer als CO₂-Steuer getarnten Obendrauf-Mehrwertsteuer soll ordentlich abgezockt werden. Aber eine Dekarbonisierung der Gesellschaft ist nur in geringem Umfang möglich, denn wir können weder aus Transport, noch aus Heizung oder gar aus Elektroenergie aussteigen, ohne kollektiven Selbstmord zu begehen. Aber bezahlen können wir, ohne dass sich etwas ändert.

Derweilen verabschiedet sich die Industrie und die dazu gehörige Infrastruktur leise weinend aus dem Land. Einmal kurz ein paar Zahlen aktuell abgebauter Stellen für Deutschland googeln: BASF 6.000, Bayer 12.000, BMW 10.000, Continental 15.000, Covestro 900, Siemens 2.400,

Ford 5.000, Volkswagen 7.000, Thyssenkrupp 4.000, Kaufhof 2.600, Kuka 350, Sanofi 140, Deutsche Bank 18.000, WMF 400, Audi 13.500, Bosch 15.000, NordLB 2.400, Goodyear 1.100, Unicredit 2.500, Opel 2.000, Schaeffler 1.300, Airbus 1.100, Telekom 2.000 pro Jahr, EON 5.000, Merck 650, SAP 4.400, Commerzbank 4.300, Miele 770, Windindustrie 26.000.

Das sind nach meiner zugegeben groben Überschlagsrechnung ca. 160.000 Arbeitsplätze. Offenbar hofft die Politik, dass Aluminium und Zement künftig im Internet hergestellt werden und Steuergeld weiterhin auf Bäumen wächst. Die Politik hat Krisen in Herausforderungen umbenannt. Ich möchte nicht in der Haut der Politiker stecken, die sich diesen Herausforderungen stellen müssen. Im nächsten Artikel werde ich den technisch-physikalischen Aspekt der Energiewende betrachten.

Den ersten Teil dieser Beitragsfolge lesen Sie hier

Der Beitrag erschien zuerst bei ACHGUT hier